

## Kinder- und Jugendkriminalität

### 1. Das Problem

Entgegen mancher Medienveröffentlichungen steigt die Gesamtkriminalität *nicht* an. Im Gegenteil: Lt. der von Innenminister Schily vorgelegten polizeilichen Kriminalstatistik 1998 ging die Gesamtzahl der polizeilich registrierten Straftaten im Vergleich zu 1998 um 2% zurück. Gleichzeitig weisen allerdings Statistiken auf einen Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität hin, der nicht nur mit einer erhöhten Anzeigebereitschaft zu erklären ist. Dabei handelt es sich insgesamt nur um eine kleine Gruppe junger Menschen, die straffällig wird: Über 90% der Jugendlichen tritt strafrechtlich nicht in Erscheinung. Aber: Ca. 5% der kindlichen und jugendlichen Tatverdächtigen begehen zwei Drittel der Straftaten, vorwiegend im Bereich der Kleinkriminalität wie Ladendiebstahl, Sachbeschädigung u. ä. oder dem vordeliktischen Bereich wie aggressives Betteln, Anpöbeln usw. Gleichzeitig erhöhte sich für junge Menschen das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, um das fünffache.

Das Hearing des Bundesjugendkuratoriums am 18. Juni 1998 konnte folgende Schwerpunkte innerhalb der Tätergruppe feststellen:

- die Mehrzahl der Tatverdächtigen ist männlich,
- bei Gewaltdelikten ist der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen höher,
- jugenddelinquentes Verhalten ist in den meisten Fällen episodenhaft und muß nicht in einer kriminellen Karriere münden,
- junge Tatverdächtige kommen überwiegend aus sozial-schwachen Problemfamilien (häufig Konfrontation mit Sucht und Gewalt),
- die Jugendlichen weisen überwiegend eine geringe schulische Bildung auf.

### 2. Die Ursachen für die Entstehung von Kriminalität - Rahmenbedingungen in denen junge Menschen heute aufwachsen

Die Pubertät bedeutet für junge Menschen die Grundsteinlegung für das weitere Leben in persönlicher wie beruflicher Hinsicht. In der Kindheit erlernte Werte und Einstellungen werden nun hinterfragt, die Eckpfeiler für das zukünftige Denken und Handeln gesucht. Was sie im Augenblick in ihrem Umfeld vorfinden erschwert es ihnen, Stabilität zu gewinnen.

Der im Juni vorgelegte "Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern" spricht davon, daß das beherrschende Thema nicht die Altersarmut, sondern die Armut von Arbeitslosenfamilien ist.

Oft erleben wir, daß Eltern(teile)/Alleinerziehende mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind. In den Familien, in denen sich Probleme, z. B. Arbeitslosigkeit, Schulden, Finanzknappheit, ballen, häufen sich Sucht- und Gewalterfahrungen der jungen Menschen. Das Vorbild der Eltern(teile) wird zum selbstverständlichen Verhaltensmuster. Die Erziehungsstile schwanken zwischen Verwahrlosung und Verwöhnung.

Trotz einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt finden Familien und einkommensschwache Personen nach unserer Erfahrung schwer eine günstige Unterkunft. Blocksiedlungen führen zu einer Häufung von Randgruppen und Problemfeldern in den Städten und Gemeinden, die es einem Gemeinwesen schwierig machen, Lösungen für ein friedliches Miteinander zu finden. Platz zum Spielen, Abenteuer erleben oder zum Ausgelassensein gibt es wenig.

Die Hauptschule läuft Gefahr, sich zum 'Sammelsurium der Übriggebliebenen' zu entwickeln. Schüler ohne Qualifizierten Abschluß oder nach Besuch einer Förderschule haben kaum Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden. So weist die Bewährungshilfe-Statistik des Landgerichts Augsburg von 1995 aus: 68% sind Haupt-, 20% Sonderschüler. QA hatten nur 5 %. Ohne Berufsausbildung waren 42%!

Grundbegriffe der Kommunikation, des Redens und Auseinandersetzens, werden nicht ausreichend geübt. Lese- und Rechtschreibschwächen sowie Analphabetismus nehmen zu.

Die sog. "Schere" in unserer Gesellschaft teilt sich zunehmend auf: Einerseits ist jedes 7. Kind Sozialhilfeempfänger. Auf der anderen Seite haben wir (vorwiegend) Einzelkinder, die alles bekommen (können), was sich in der Zukunft durch "trichterförmige Vererbung" noch verstärken wird, d. h. ein Kind erbt von mehreren Verwandten.

Armut gab es immer, auch die Hoffnung, dass es für jeden ein gewisses Maß an Wohlstand zu erreichen gibt, wenn er nur 'die Ärmel hochkrepelt'. Diese Perspektive kann heute nur noch bei gehobeneren Gesellschaftsschichten entwickelt werden.

Die Finanzknappheit zwingt alle Behörden und Einrichtungen auch zu Einsparungen im Sozial- und Bildungsbereich, die fatale Auswirkungen haben. Unsere tägliche Erfahrung zeigt: Armut ohne Perspektive begünstigt gerade bei jungen Menschen Straffälligkeit.

Die Freizeitangebote traditioneller Vereine oder Institutionen erreichen nicht mehr in dem gewünschten Ausmaß den Nachwuchs. Die neuen Treffpunkte für Sport und Freizeit kosten Geld und Fahrgelegenheiten. Die gesamte Medienlandschaft bedeutet (nicht nur) für junge Menschen ein Überangebot. Der leichte Zugang zu unkritischem, unreflektiertem Umgang mit Medien wie Fernsehen, Video und Internet dient gerade labilen Jugendlichen oftmals als Mittel, Zeit "totzuschlagen". Es prägt sich die Haltung des passiven Zuschauers - und verschiebt letztendlich auch die Realitäten, indem z. B. Gewalt als Konfliktlösungsmöglichkeit heroisiert wird. Ein Übermaß an "freier Zeit" ohne sinnvolle Beschäftigung fördert aber nach unseren Erfahrungen Delinquenz.

Gesamtgesellschaftliche Werte fehlen bzw. gingen verloren. Die Überbetonung von Leistung und Konsum, ohne gleichzeitig auch andere, vor allem ethische Werte zu fördern, kann nur eine Individualisierungsgesellschaft hervorbringen, in der die Gemeinschaft nicht zählt. Fallen (überforderte) Eltern, Lehrer und "öffentliche Vorbilder" als Vermittler gemeinschaftsorientierter Werte aus, suchen sich die jungen Leute ihre eigene Wertvorstellung - meistens mit anderen Gleichaltrigen mit ähnlicher Problematik - und in den Medien. Mangelnde Nachbarschaftshilfe bzw. die oft fehlende Übernahme von sozialer Verantwortung, das "kollektive Wegschauen" verstärkt diese Tendenz.

### **3. Derzeitige Arbeitssituation in der Bewährungshilfe**

Im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben betreuen 270 Bewährungshelfer/innen-Planstellen in Bayern 1998 22.550 straffällig gewordene Menschen. Die durchschnittliche Zahl der betreuten ProbandInnen betrug also 68,5 - die Tendenz ist steigend - nicht zuletzt auch wegen der Personaleinsparungen. Das Instrument der Bewährungshilfe kommt als vorletzte Stufe der strafrechtlichen Sanktionsleiter zum Tragen, sozusagen "die letzte Tankstelle vor der Inhaftierung". Oder sie bedeutet die erste Anlaufstelle nach einer vorzeitigen Entlassung aus der Haft. In jedem Fall sehen sich die SozialpädagogInnen der Bewährungshilfe als letzte Glieder in einer Kette, die Wunder vollbringen sollen, wo Entwicklungen oftmals fehlgelaufen sind.

Die jugendlichen Straftäter selbst geben wenig Grund zur Hoffnung: Die meisten der unter 20-Jährigen waren bereits 1 Jahr arbeitslos. Die Schwierigkeiten liegen oftmals in essentiellen Dingen: Unbewandert im alltäglichen Leben fallen sie durch Sprachschwierigkeiten, Lese- und Schreibschwächen auf. Es fehlt an Umgangsformen und der Fähigkeit, adäquat mit Konfliktsituationen umzugehen. Regional unterschiedlich kann eine Zunahme von jugendlichen ausländischen oder spätausgesiedelten Probanden festgestellt werden, deren Sprachkenntnisse und Wissen über den Alltag in unserem Land sehr gering sind.

Häufig haben sich schon in jungen Jahren Schuldenberge aufgetürmt - und gleichzeitig ist oft nicht einmal die Existenzgrundlage, d. h. eine Wohnung und ein minimaler Lebensunterhalt, gesichert. (Angehende) psychische Erkrankungen, Gewalt- und Missbrauchserfahrungen oder/und Suchtverhalten sind bei unserer Klientel überdurchschnittlich häufig.

#### **4. Die Lösungsansätze**

##### **4.1. Innerhalb der Justiz**

- Die Wartezeit von bis zu einem Jahr auf einen Verhandlungstermin ist eindeutig zu lang und wenig pädagogisch. Sinnvoll ist ein konsequentes, zeitnahes Reagieren bei delinquentem Verhalten. Das zur Verfügung stehende Instrumentarium des Jugendstrafrechts und der Jugendhilfe reicht völlig aus, muss aber personell verstärkt werden. Der Ausbau der ambulanten Sanktionsmöglichkeiten, der Schadenswiedergutmachung und des Täter-Opfer-Ausgleichs bei Trägern, die außerhalb der Justiz angesiedelt sind, sollte voran getrieben werden.
- Dringend erforderlich erscheint uns der personelle Ausbau. Die Mitarbeit in gemeinsamen Initiativen und Projekten in Vernetzung mit den verschiedenen Trägern der Jugendhilfe und Resozialisierung muss als tägliche Arbeit mit entsprechenden Ressourcen gewertet werden. Gemeinsame Fortbildungen müssen gefördert werden.
- Keine Lösung ist die Haft, wie die ausgesprochen hohen Rückfallquoten der inhaftierten 14- bis 18-Jährigen zeigen. Damit eine unumgängliche Jugendstrafe jedoch zur "Startchance" wird, sollten die beruflichen Möglichkeiten für junge Menschen während der Inhaftierung, ebenso der Sozialisierungshilfen, wie z. B. Gruppenarbeit mit gewaltbereiten und verhaltensauffälligen Jugendlichen, Therapieangebote, aber auch Schulungen mit dem "gesellschaftlichem Know-How", also beispielsweise Formen des Umgangs miteinander, Bewerbungsverfahren, Ausfüllen von Anträgen etc. verstärkt gefördert werden.

##### **4.2. Weitere Maßnahmen**

- (Teil-)Familien müssen – gerade bei Überforderung – verstärkt unterstützt werden. Gemäß dem Motto: "Erst fördern, dann fordern" zeigen Beispiele im europäischen Ausland, dass sie auf vielfältigem Wege stärker in die Verantwortung genommen werden können.
- Die Schule sollte als Kooperationspartner der Eltern, mehr als Ort des sozialen Lernens gesehen und unterstützt werden. Der Schwerpunkt sollte auf der Vermittlung sozialer Kompetenzen liegen, die jeden Schüler in seiner Persönlichkeitsentwicklung stärken.
- Die Integration von Randgruppen muss wieder mehr im Vordergrund stehen, d. h. beispielsweise verstärkt kostenlose Sprachkurse und soziale Trainingskurse für AusländerInnen und AussiedlerInnen.
- In der Sozialarbeit sind aufsuchende Sozialpädagogik wie Streetwork und Offene Jugendarbeit gefordert, regionale Gruppenarbeit mit Problemkindern ist anzustreben.

- Die Attraktivität von Vereinen, Jugendzentren u. ä. muss verbessert werden. In Dänemark läuft hierzu sehr erfolgreich ein Sponsoring durch örtliche Firmen, die erstrebenswerte Konsumgüter und Freizeitangebote zugänglich machen für die, die es sich nicht leisten können.
- Die BürgerInnen sollten verstärkt in Gemeinwesenarbeit, aber auch in gemeinnützige Stiftungen einbezogen werden.
- Um rechtzeitig und effektiv präventiv tätig sein zu können, müssen "runde Tische" in Form von Präventionsräten u. ä. geschaffen werden, in denen Polizei, Lehrerschaft, KinderärztInnen, Kinder- und JugendpsychologInnen, JugendgerichtshelferInnen, BewährungshelferInnen zusammenarbeiten. Die Vernetzung von Erziehungsbereichen ist notwendig, um gemeinsame Ziele verfolgen zu können, effektiv und wirksam vor Ort die Probleme in Angriff nehmen zu können und positive Entwicklungen voranzutreiben.
- Der Sparkurs der Öffentlichen Hand ist in Anbetracht leerer Kassen sicherlich verständlich. Sozialabbau verstärkt allerdings vorhandene gesellschaftliche Polarisierungen, deshalb fordern wir eine verstärkte Unterstützung des Sozial- und Bildungsbereichs.
- Es besteht zudem die Notwendigkeit, wichtige Werte neu zu definieren. Eltern, Schulen, Kirchen, Vereine, Initiativen und Politik – wie auch jeder Einzelne sind gefordert, Werte hervorzuheben, zu vermitteln und zu leben.

## 5. Fazit

Das Phänomen der gestiegenen Kinder- und Jugendkriminalität verdient besondere Beachtung. Die Lösungsansätze liegen in der "Erziehungsumwelt": das bedeutet Förderung integrativer Ansätze für einkommensschwache und/oder problemreiche (Teil-)Familien sowie eine direkte Verknüpfung zwischen Erziehungsberechtigten, Lehrern, Erziehern und Freizeiteinrichtungen.

In aller Deutlichkeit wird festgehalten, dass die vorhandenen Sanktionsmöglichkeiten ausreichen. Nicht eine Verschärfung des Jugendstrafrechts (Herabsetzung der Strafmündigkeit etc.) ist das geeignete Mittel, sondern die konsequente, kreative Umsetzung des bestehenden Instrumentariums. Daran müssen alle mit dem Problem befassten Berufsgruppen gemeinsam arbeiten.

Das heißt auch gesamtgesellschaftlich Ressourcen zu bündeln, soziale Netze aufzubauen und mit Toleranz Integrationsarbeit für Außenstehende zu leisten.

Politisch-ethisch ist aber auch eine Wertehinterfragung, -diskussion und -definition gefordert als Basis des Einzelnen, Entscheidungen zu treffen, sowie zur Regelung des Miteinanders in einer modernen Gesellschaft.

Der Vorstand der ABB, Oktober 2005